

„WAS MACHEN WIR, WENN SICH PUTIN NICHT AN UNSEREN ZEITPLAN HÄLT?“

Ein Gespräch mit dem Historiker Prof. Dr. Sönke Neitzel über die Kriegsgefahr in Europa, verteidigungs- und sicherheitspolitische Herausforderungen unserer Zeit und den Wandel der Weltordnung im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts

Sönke Neitzel (Jahrgang 1968) ist Professor für Militärgeschichte und Kulturgeschichte der Gewalt an der Universität Potsdam. Er ist als Berater für Sicherheitskreise tätig und prominent für seine vielfältigen Auftritte zum Thema des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und mögliche Folgen für die NATO.

**PROF. SÖNKE
NEITZEL**
Militärhistoriker,
Universität Potsdam



*Foto: Kai Bublitz
Fotoproduktion*

Sie haben in einem viel zitierten TV-Interview im Frühjahr (Phoenix, 25. Februar 2025) in den Raum gestellt, dass der kommende Sommer 2025 der „letzte Sommer im Frieden“ für eine längere Zeit sein könnte. Welche Reaktionen haben Sie darauf bekommen?

Sönke Neitzel: Die Reaktionen sind sehr unterschiedlich ausgefallen. Einerseits kam gerade aus Sicherheitskreisen sehr viel Zuspruch: „Endlich sagt es mal jemand“, „wir dringen mit unseren Warnungen ja gar nicht mehr durch.“ Andererseits gab es auch viel Kritik bis hin zu Beschimpfungen. Manche behaupteten, von Russland ginge gar keine Gefahr aus, in Wirklichkeit sei die NATO der Aggressor. Interessant war für mich, wie meine Aussage verarbeitet wurde. Ich habe diese Äußerung in einer Phoenix-Diskussionsrunde getätigt, also nicht in einem der größten Leitmedien – sie wurde aber von den großen Medienplayern bis zur BILD-Zeitung aufgegriffen. Ich hatte eigentlich deutlich differenziert, dass man die Zukunft natürlich nicht voraussagen könne und meine Aussage sich nur ein Szenario bezöge, auf das man sich vorbereiten müsse. Das ging aber unter. Ich erhielt sogar einen offenen Brief. Das zeigte mir, wie hektisch und unsachlich unsere Diskussion ist. Einige fragten, ob ich das nochmal so sagen würde, und ich sage: Ja, ich würde es wieder tun.

Wir können vieles nicht voraussehen. Ich war z.B. selbst auch vom Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 überrascht. Desgleichen vom 7. Oktober 2023, dem Überfall der Hamas auf Israel. Aber eigentlich sollte es uns nicht mehr passieren, überrascht zu sein. Wir sollten vorbereitet sein auf solche dramatischen Entwicklungen.

Die Regierung steht unter Handlungsdruck. Wenn man wie der alte und neue Verteidigungsminister Boris Pistorius das Jahr 2029 explizit benennt, bis zu dem man verteidigungsbereit sein müsse, verschafft man sich Zeit. Was machen wir aber, wenn sich Putin nicht an unseren Zeitplan hält? Solche unangenehmen Fragen muss man stellen und die Situation durchdenken. Wie reagiert ein an Frieden gewöhntes System auf existenzielle Herausforderungen wie einen möglichen Angriff Russlands auf die NATO? Die gedankliche Marke ist meines Erachtens zu sehr auf 2029 festgelegt. Diese Jahreszahl geht auf ein NATO-Papier zurück, in dem die Angriffsbereitschaft Russlands analysiert wird. Wir sollten aber eine größere Flexibilität haben und nicht auf ein Jahr fixiert sein. Es ist nicht auszuschließen, dass viel schneller etwas passiert. Und darauf sollten wir vorbereitet sein.



Von welchem Friedens- bzw. Kriegsbegriff gehen Sie denn aus? Meinen Sie ein Cyberwar-Szenario oder einen ganz konkreten Angriff zu Wasser, zu Lande, also einen klassischen zwischenstaatlichen Krieg?

Sönke Neitzel: Ich meine damit einen Angriff, der den Verteidigungsfall nach Art. 5 des NATO-Vertrags auslöst. Dabei geht es explizit nicht nur um Cyberkrieg, den wir schon haben und der sich sicherlich noch verschärfen wird, sondern um einen militärischen Konflikt der NATO-Staaten mit Russland. Carlo Masala hat in seinem Buch „Wenn Russland gewinnt“ das Szenario eines Angriffs auf die estnische Grenzstadt Narva beschrieben. Das ist aus meiner Sicht eine realistische Sichtweise.

Das in – wie Sie formuliert haben – Sicherheitskreisen bzw. der Regierung notwendige Bewusstsein für die gegenwärtige Bedrohung ist das Eine, das Andere in einer Demokratie ist aber doch, ob die Bevölkerung einen politischen Weg mitgeht. Für Ideen wie die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eines verwandten Modells gibt es vor allem bei der jungen Generation nicht so viel Zustimmung. Viele junge Menschen in Deutschland sagen, sie könnten es sich nicht vorstellen, Deutschland unter Einsatz ihres Lebens zu verteidigen. Wie sollen wir damit umgehen? Hat die Politik die schon sichtbar werdenden kommenden Gefährdungslagen nicht ausreichend adressiert?

Sönke Neitzel: Ich wage die These, dass die Chance für eine grundlegende Veränderung unserer

Inauguration der deutschen Brigade für die NATO-Ostflanke durch Bundeskanzler Friedrich Merz und dem litauischen Präsidenten Gitanas Nausėda (3. u. 4. v. l.), Vilnius, 22. Mai 2025
Foto: Picture Alliance/ASSOCIATED PRESS/
Fotograf: Min-daugas Kulbis



Bundeskanzler Adenauer (3. v. l.) schreitet nach der Gründung der Bundeswehr mit Generalleutnant Speidel, Verteidigungsminister Blank und Generalmajor Lägeler fünf Kompanien der neuen Bundeswehr ab, Andernach, 20. Januar 1956.

Foto: Picture Alliance/akg images

Sicherheitspolitik in der Geschichte der Bundesrepublik nie so gut war wie heute. In einer liberalen Demokratie haben wir natürlich nie 100 oder 80 Prozent Zustimmung für sicherheitspolitische Maßnahmen – diese sind immer umstritten gewesen, denken wir z.B. an die Wiederbewaffnung bzw. Gründung der Bundeswehr nach dem Zweiten Weltkrieg 1955, an den Streit um den NATO-Doppelbeschluss 1979 bis zur Stationierung der Pershing-Raketen 1983, die Auslandseinsätze in den 1990er Jahren. Das gilt für die Bundesrepublik mit ihrer spezifischen Geschichte und ihrer geographischen Lage ganz besonders. Momentane Umfragen zeigen, dass um die 12 bis 14 Prozent für Deutschland kämpfen würden, aber dass eine Mehrheit der jungen Leute gegen die Wehrpflicht ist. Umfragen kann man aber unterschiedlich interpretieren. Bei der männlichen Bevölkerung gab es bei laut Studien des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam (ZMSBW) 14 Prozent, die auf jeden Fall kämpfen wollen, 34 Prozent sagen „teils/teils“. Da sind wir schon fast bei einer Mehrheit der männlichen Bevölkerung, die unter bestimmten Umständen das Land verteidigen würde.¹ Sehr viel höher lagen die

1 Vgl. <https://zms.bundeswehr.de/resource/blob/5855536/3afdc801d2623b-20679b4a44eacfd1d2/zmsbw-forschungsbericht-137-bevbefragung-2024-data.pdf> [Stand: 27.06.2025].



LESESTOFF

Neu im Publikationsangebot
der Landeszentrale als Sonderausgabe:



Sönke Neitzel,
Die Bundeswehr, München 2025,
Gebühr: 4 €.
www.blz.bayern.de



Die Bundeswehr. Von der Wiederbewaffnung bis zur Zeitenwende

Im November 1955 wurde die Bundeswehr gegründet. Unumstritten war sie nie und die Deutschen wurden nie so richtig warm mit ihr. Im Kalten Krieg bildete sie den Kern der NATO-Landstreitkräfte. Doch nach 1990 wurden Personalstand, Ausrüstung und Fähigkeiten drastisch reduziert, schließlich auch die Wehrpflicht abgeschafft. Der Schwerpunkt verlagerte sich von der Landes- und Bündnisverteidigung hin zu Auslandseinsätzen. Seit dem 24. Februar 2022 ist alles anders. Fähigkeiten müssen schnell wiedererlangt werden und die Bevölkerung muss ihre Haltung zur Armee überdenken. Sönke Neitzel analysiert die Geschichte der Bundeswehr und zeigt die aktuellen Herausforderungen.



Etwa 300.000 Menschen nahmen am 10. Oktober 1981 in Bonn an der bisher größten Friedensdemonstration in der Bundesrepublik Deutschland teil. Sie demonstrierten für ein Ende des atomaren Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West und den Verzicht auf die Stationierung neuer NATO-Mittelstreckenraketen in Westeuropa.
Foto: Picture Alliance/dpa/
Fotograf: Martin Athenstädt

Zahlen im Kalten Krieg auch nicht. Adenauer hat in den fünfziger Jahren keinen Abstand von der Einführung der Wehrpflicht genommen, weil es in der Bevölkerung massiven Widerstand gegen die Wiederbewaffnung gegeben hat. Er hat es durchgesetzt und die folgende Bundestagswahl 1957 mit absoluter Mehrheit gewonnen, obwohl er damals mit der ziemlich starken „Ohne-mich“-Bewegung konfrontiert war.

Ich plädiere jetzt auch nicht für eine allgemeine Wehrpflicht, sondern für das schwedische Modell einer Auswahlwehrpflicht. Wir müssen vorankommen, weil jeder in der Bundeswehr weiß, dass es keine Alternative dazu gibt. Ich kann die jüngere Generation auch verstehen – klar geht man lieber auf den Herzogstand als in der Lüneburger Heide auf dem Boden zu robben. Aber die Politik hat die Aufgabe zu entscheiden. Politiker wie Franz Josef Strauß, um bei einem bayerischen Beispiel zu bleiben, oder auch Helmut Schmidt waren diesbezüglich handlungsstark. Schmidt hat in seiner Londoner Rede 1977 beispielsweise den NATO-Doppelbeschluss wesentlich mit auf den Weg gebracht. Das hat ihm unter anderen sein Amt gekostet – Helmut Kohl hat den Doppelbeschluss dann trotz der massiven Demonstrationen im Bonner Hofgarten durchgesetzt. Politik muss entscheiden – da hat sie momentan noch viel Luft nach oben – und sie muss dabei sagen, wie die Lage ist. Panikmache ist sicher das Falsche, aber es muss schon ehrlich

kommuniziert werden. Es ist vor allem die Aufgabe und die Kompetenz der militärischen Nachrichtendienste, ihre sicherheitspolitischen Erkenntnisse – wenn auch nicht vollumfänglich – mit der Republik zu teilen. Experten wie Claudia Major, Carlo Masala oder ich können nur Mittler sein. Unlängst hat Bruno Kahl, derzeit noch Chef des Bundesnachrichtendienstes, noch mal vor Russland gewarnt. Wenn dann immer noch viele gegen einen Ausbau der Verteidigung sind, muss man als Politik nach vorne gehen, weiter Überzeugungsarbeit leisten, aber auch handeln. Die Politik kann allerdings bei solchen heiklen Fragen nicht darauf warten, bis 80 Prozent der Bevölkerung überzeugt sind. In diesem heterogenen Land, mit so vielen unterschiedlichen Menschen und der massiven Beeinflussung durch die sozialen Medien durch Russland, wird das nicht passieren. Meiner Meinung nach war die Politik in der letzten Legislatur in diesem Punkt zu zögerlich.

Waren insofern nicht alle Kabinette in den letzten Jahren zu zögerlich? Wenn man etwa die Verteidigungspolitik der Kabinette Merkel ansieht, wurde v.a. auf zivile Strategien gesetzt. Deshalb ist es ja gerade auch für die nachfolgenden Regierungen auch schwierig umzulenken; auch die Aussetzung der Wehrpflicht hat keinen guten Dienst getan.

Sönke Neitzel: Das stimmt – wir müssen aber auch sehen, dass die Vorgängerkabinette in einer

anderen Situation standen. Wenn man 2010 über eine solch massive Aufrüstung wie heute gesprochen hätte, wäre man für verrückt erklärt worden. Jeder hätte gefragt, gegen wen wir uns denn bitte verteidigen müssten. Als 2014 die Annexion der Krim durch Russland erfolgte, hat die Bundeswehr auf der Planungsebene reagiert und ein neues Weissbuch aufgelegt, wonach drei Divisionen 2025, 2027 und 2031 aufgestellt werden sollten. Selbst da hieß es intern aber noch, dies geschehe rein zur Abschreckung; niemand hätte im Ernst an einen tatsächlichen Einsatz dieser Kräfte geglaubt. Mit dem 24. Februar 2022 ist dann ein qualitativ ganz anderer Druck entstanden. Die „Zeitenwende“-Rede kam – von da aus ging es allerdings schnell zur Zeitenbremse, die meisten Reformversuche versandeten.

Mit jedem Jahr, in dem wir nicht substantiell vorwärtstkommen, erhöht sich der Handlungsdruck. Die Bundeswehr hat den (Verfassungs-) Auftrag zur Androhung und Anwendung militärischer Gewalt im Verteidigungsfall – aber ist sie dazu in der Lage? Wir wollen nicht, dass dieser Fall eintritt, aber die Bundeswehr muss dazu in der Lage sein zu kämpfen. Sie muss Fortschritte machen, um abzuschrecken. *We are capable* – das muss die Botschaft sein. Nach dem 24. Februar 2022 haben Frau Lambrecht und Herr Pistorius einen ganz anderen Handlungsdruck als ihre Vorgänger gehabt – das müssen wir dann ehrlicherweise schon sagen. Die Herausforderung bedeutet einen tiefgreifenden Kulturwandel und wir stehen letztlich vor einer Neugründung der Bundeswehr – der Bundeswehr 3.0.

Wenn wir von einem Kriegsszenario reden, reden wir dann auch über die Vorbereitung auf einen Krieg, der die Bundesrepublik Deutschland direkt trifft? Geht es dann auch um das Hochfahren des Zivilschutzes, die Wiedererrichtung von Bunkern?

Sönke Neitzel: Wir haben dafür – wie man das im Kalten Krieg in ähnlicher Form auch hatte – einen „Operationsplan Deutschland“. Darin ist durchgeplant, was genau logistisch im Kriegsfall passiert, also von der Frage der Truppenverlegung und -versorgung bis hin zu Details des Zugriffs auf zivile Ressourcen – da gab es sogar Vordrucke für die Beschlagnahmung von LKWs etc. Das ist sicherlich sinnvoll. Mit einem Luftkrieg mit Tausenden Sprengkörpern über München oder Berlin, wie wir es im Zweiten Weltkrieg erlebt haben, rechnet allerdings keine Expertin und kein Experte. Die Möglichkeiten hat Russland wohl heute nicht.

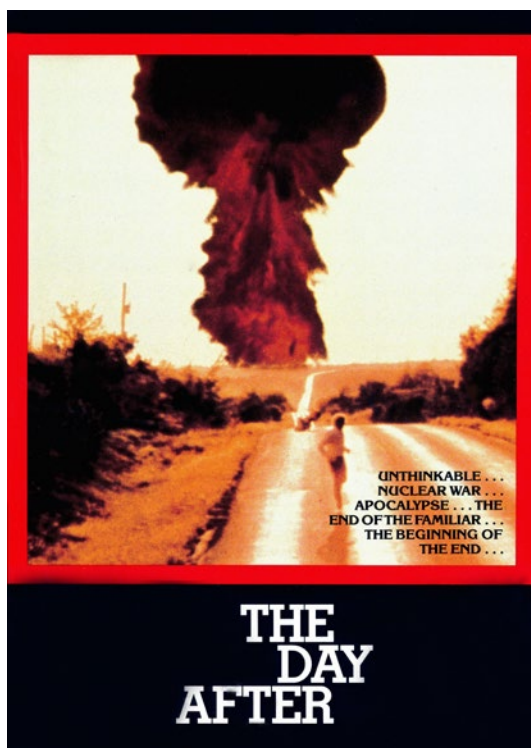


Wir sehen schreckliche Bilder vom Luftkrieg aus der Ukraine, aber trotz dieser Angriffe ist Kiew in der Substanz bislang erhalten geblieben. Das liegt im Wesentlichen an den Luftabwehrsystemen. Ich glaube insofern nicht, dass wir in Deutschland etwa ein flächendeckendes System von Zivilschutzbunkern brauchen – abgesehen davon, dass das auch nicht bezahlbar wäre. Aber wir sollten die kritische Infrastruktur schützen, also z.B. die Versorgung der Krankenhäuser. Eine Charité in Berlin muss sich fragen, ob man im Ernstfall mit Notstrom hinkommt. Bestimmte *facilities* kritischer Infrastruktur können schon angegriffen werden – denken Sie z.B. an die Rechenzentren der großen Banken. Die sollten nicht nur gegen Hochwasser und Terrorangriffe geschützt werden, sondern eben auch gegen russische Marschflugkörper. Wenn ich es richtig weiß, hat das THW Material für genau eine Eisenbahnbrücke. Was ist, wenn mehrere zerstört werden sollten? Vielleicht brauchen wir nicht so viel Material wie im Kalten Krieg, wo man sehr umfangreiches Ersatzmaterial für ein umfassendes Kriegsgeschehen gerade in Deutschland vorhielt – damals plante man für den Zusammenprall der NATO und des Warschauer Pakts auf deutschem Boden. Ich kenne heute niemanden, der in solchen Szenarien denkt. Alle, die ich kenne, gehen von regionalen Konflikten aus, die letztlich den politischen Zweck haben, einem bereits durch Cyber- und hybriden Krieg geschwächten Westen die eigene Ohnmacht zu demonstrieren und damit seinen finalen Zerfall herbeizuführen. Aber um Europa buchstäblich zu erobern reichen die russischen Kräfte nicht aus.

Diese Aussage ist sehr interessant – und auch paradox, denn die in der Öffentlichkeit und der Bevölkerung bestehenden Ängste kreisen ja gerade um solche Szenarien, die ja auch von Russland und Anderen befeuert und politisch

Die so genannte „Zeitenwende“-Rede: Bundeskanzler Olaf Scholz kündigt drei Tage nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine eine massive Aufstockung des deutschen Wehretats an, Berlin, 27. Februar 2022.
Foto: Picture Alliance/SZ
Photo/Fotograf: Metodi Popow

Der von
Nicholas Meyer
inszenierte Film
„The Day After“
griff 1983
grassierende
Ängste vor
einem Nuklear-
krieg auf,
Filmplakat.
Foto: Picture
Alliance/United
Archives/IFTN



instrumentalisiert werden...

Sönke Neitzel: Das ist ein wichtiger Punkt. Wenn wir Deutschen über den Krieg nachdenken, steht sofort ein bestimmtes Bild vom Krieg im Raum – das des Zweiten Weltkrieges mit unfassbaren Massenverbrechen, dem Holocaust, vielleicht noch Stalin-grad; und dann vor allem das Horrorbild des nuklearen Armageddon, das im Kalten Krieg entstanden ist. So sind wir geprägt, so ist meine Generation aufgewachsen. Letztlich bewertet man solche Szenarien vor den eigenen Erfahrungshorizonten. In West und Ost haben wir die Vorstellung des alles vernichtenden Nuklearkrieges vor Augen – aber das ist meiner Meinung nach heutzutage nicht das Thema. Niemand in der Szene geht ernsthaft von einem globalen Nuklearkrieg aus. Es gibt Leute, die mutmaßen, dass Russland potentiell eine taktische Nuklearwaffe einsetzen könnte. Russland nutzt diese diffusen nuklearen Kriegsängste ganz gezielt. Wir haben schon einige solcher Drohungen von Putin und Konsorten gehört. Und das wird auch in Zukunft passieren. Nicht umsonst haben wir jetzt auch Debatten darüber, ob die Bundesrepublik unter den französischen Nuklearschirm schlüpfen sollte.

Glauben Sie, dass die „force de frappe“ [die französischen nuklearen Streitkräfte, Anm. d. Red.]

dafür überhaupt geeignet wäre, auch für uns den nuklearen Schutzschirm aufzuspannen? Oder müssten wir nicht zumindest in die Diskussion über eigene deutsche Nuklearkräfte einsteigen?

Sönke Neitzel: Die jetzige *force de frappe* ist dafür nicht geeignet, was an zwei Gründen liegt: Die Franzosen haben ihre strategischen Nuklearwaffen auf U-Booten und letztlich auch auf ihren *Rafale*-Jagdbombern. Diese haben keine so große Reichweite wie die Interkontinentalraketen, aber eine sehr große Sprengkraft. Sie ist so groß, dass sie taktisch nicht eingesetzt werden können, ohne Zerstörungen massivster Art hervorzurufen. Ihr Sinn besteht daher in der Abschreckung und nicht im praktischen Einsatz nach dem Motto: „Wenn Ihr uns angreift, werden wir Euer Land zerstören“. Die Hemmschwelle für den Einsatz solcher Waffen ist so hoch, dass sie für ein „Narva-Szenario“ eigentlich nicht in Frage kommen.

Die einzigen Militärmächte, die Nuklearwaffen im skalierbaren Bereich von „Mini-Nukes“ bis zu den strategischen Atomwaffen haben, sind die USA und Russland. Sinnvoll wäre also, das französische Nuklearwaffenpotential um eine taktische Komponente auszubauen und sich daran finanziell zu beteiligen. Dann könnten französische taktische Nuklearwaffen auch auf deutschen Boden stationiert werden, so ähnlich wie die taktischen amerikanischen Nuklearwaffen in Büchel.

Wenn die Bundesrepublik hingegen eigene Kernwaffen herstellen wollte, müssten der 2 + 4-Vertrag und der Atomwaffensperrvertrag geändert werden, was rechtlich äußerst schwierig wäre. Zudem wäre das auch ein fatales Signal im Sinne der Proliferation – man würde das Signal an mittelgroße Staaten wie Südkorea, Japan oder Polen geben, dass eine eigene Produktion an solchen Waffen wichtig wäre, weil man sich auf die nuklearen Mächte nicht mehr verlassen könne. Das läge sicher nicht im Interesse der USA oder auch Chinas. Das ist übrigens ein Grund, warum China auch Russland das Zeichen gegeben hat, nicht in die nukleare Richtung zu denken. Wenn Russland taktische Atomwaffen einsetzen würde, würde das unabsehbare Folgen auf Ostasien nach sich ziehen.

Deshalb würde ich sagen, die einzige gangbare Lösung für die Deutschen wäre die französische Abschreckung auf den taktischen Bereich auszuweiten. Aber auch dann würden wir im Ernstfall von der Entscheidung des französischen Präsidenten – oder einer französischen Präsidentin – abhängen. Allerdings hängen wir auch schon heute von einer Person ab – nämlich dem amerikanischen Präsidenten.

Früher war klar, dass ein Großteil der französischen Nuklearwaffen nur bis in die Mitte Deutschlands reichen würde.

Sönke Neitzel: Das war der Kalte Krieg. Die französischen Kurzstreckenraketen hatten in der Tat eine Reichweite bis in den Bayerischen Wald. Heute ist das anders, Frankreich hat nur die strategischen Nuklearwaffen auf U-Booten und den *Rafale*-Kampfflugzeugen.

Aber es muss auch gesagt werden, ein Vormarsch der russischen Armee nach Deutschland ist so gut wie ausgeschlossen. Wir sollen die Russen nicht unterschätzen, aber auch bitte nicht überschätzen. Wir sind nicht in einer Lage wie im Kalten Krieg. Der Marsch auf München ist nicht zu befürchten.

Die US-amerikanische Professorin Sarotte (Un. Baltimore) hat in ihrem Buch „Nicht einen Schritt weiter nach Osten - Amerika, Russland und die wahre Geschichte der Nato-Osterweiterung“ (2023) die These vertreten, dass insbesondere in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre vom Westen durch unkluge politische Schachzüge – insbesondere bei der NATO-Erweiterung – die historische Chance vertan worden sei, mit Russland in ein stabiles Verhältnis zu kommen – und die Position der Ukraine nicht hinreichend verankert worden sei.

Gab es diese Chance oder war Russland in der rückwärtigen Betrachtung aufgrund seiner mangelnden demokratischen Vorprägung nie in der Lage, einen auskömmlichen Weg mit dem Westen zu gehen?

Sönke Neitzel: Das ist die Eine-Million-Dollar-Frage, weil sie letztlich darauf abzielt, ob der Ukrainekrieg verhinderbar gewesen wäre. Wenn man keine NATO-Osterweiterung vorgenommen und auch die die Ukraine Russland völlig überlassen hätte, dann würde die Lage heute sicherlich anders aussehen. Wenn man de facto Europa aufgeteilt und Ost-Mittel-Europa als russischen Einflussbereich belassen hätte, hätte Putin sicherlich gut damit leben können. Aber das stand nie zur Debatte.

Es sind sicher Fehler gemacht worden. Es wurden verschiedentlich Versprechungen in Richtung Nicht-Erweiterung der NATO gemacht – wenn das sicher auch nie in Verträge gegossen wurde, damit hat man Enttäuschungen auf russischer Seite ausgelöst. In den 1990er Jahren haben wir ein US-Amerika gesehen, das vor Selbstbewusstsein kaum noch laufen konnte, bei militärischen Einsätzen bewusst nicht auf die UN gesetzt haben und auch Russland ausgegrenzt hat, etwa im Kosovo-Krieg. Dabei versuchte Deutschland immer eine Politik

des Ausgleichs zu fahren, weil es immer stark auf Russland fixiert war.

Nur die große Frage lautet: Gab es die Chance eines friedlichen Nebeneinanders wirklich? Meine Interpretation ist, dass es am Ende des Kalten Krieges die Hoffnung bestand, dass auch Russland sich demokratisieren werde. Die Vision lautete, dass es die eine Welt geben werde, in der die Menschenrechte universell für alle gelten, in der es die freie Presse und Wahlen die Demokratie bestehen. Das, was Wilson im Ersten Weltkrieg im April 1917 proklamiert hatte: *Make the world safe for democracy*, schien Wirklichkeit zu werden. Das war die Denke der Zeit, die man im Westen wahrscheinlich habituell etwas übertrieben hat und die Russen zu stark hat spüren lassen, dass sie die Verlierer sind. Es gab ein berühmtes Gespräch von Bill Clinton und Boris Jelzin bei einem Treffen in Istanbul 1999, wo Jelzin zu Clinton sagte: „Gebt Europa sich selbst. Europa hat sich Russland noch nie so nahe gefühlt wie jetzt.“ Clinton [...]: „Ich glaube nicht, dass die Europäer davon begeistert wären.“² Das zeigt das Denken Russlands nach dem Zweiten Weltkrieg: Die US-Amerikaner haben nichts auf ‚unserem‘ Kontinent zu suchen, wir erobern nicht alles, aber wir haben übernehmen die Hegemonie. Diese Idee war gerade für die Ostmitteleuropäer aufgrund ihrer Erfahrung kein gangbarer Weg. Polen und die baltischen Staaten wollten nach Westen. Deutschland war in dem Dilemma, den Osteuropäern nicht verweigern zu können, was man selbst gerade in Anspruch genommen hatte. Und deswegen würde ich sagen: Selbst wenn Obama Russland nicht als Regionalmacht bezeichnet und damit den russischen Stolz gekränkt hätte, oder mehr auf Ausgleich gesetzt hätte, wäre diese Konfrontation nicht zu verhindern gewesen. Das wäre nur dann der Fall gewesen, wenn der Westen die eigenen Werte aufgegeben hätte, und das war in der Zeit nicht realistisch. Wir dürfen nicht den Rückschau-Fehler machen. Europa hat in den 1990er Jahren massiv abgerüstet und war keine militärische Bedrohung. Der Westen hat mit dem NATO-Russland-Rat die Hand weit ausgestreckt. Politisch war unsere Hoffnung immer, dass sich ein demokratisches Russland entwickeln würde. Aber wir wissen heute, dass die Chance dazu wohl schon spätestens

2 Zit. nach. Mary Elise Sarotte: Nicht einen Schritt weiter nach Osten. Amerika, Russland und die wahre Geschichte der NATO-Osterweiterung, München 2023, S. 313.



Wandlung eines Diktators: Wladimir Putin auf Deutschlandbesuch im Jahr 2001, 25. September 2001, und bei einer Ansprache an das russische Volk zur Ankündigung des Einsatzes einer Oreshnik-Rakete gegen die Ukraine, 21. November 2024.
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Ulrich Baumgarten //Picture Alliance/Zuma-press.com/Fotograf: Vyacheslav Prokofyev

1993/94 vorbei war. Auch die Maßgabe der friedlichen Koexistenz wurde abgeschmettert. Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2001 beinhaltet schon klar die Aussage, dass der Sicherheitspakt von Wladiwostok nicht nach San Francisco, sondern nur bis Lissabon reichen könne. Diese russisch-europäische Idee war für Deutschland nicht gangbar, weil die Westbindung der Bundesrepublik zu sehr in der deutschen Nachkriegs-DNA verankert war. Mit Putins klarem Revisionskurs wurde der Konflikt unvermeidlich. Gerade Deutschland hat immer viel versucht, Russland einzubinden oder nicht zu provozieren, das sieht man bei Kohl, aber auch bei Schröder oder Merkel. Wir waren für Russland keine militärische, aber eine politische Bedrohung, weil man in Ländern wie der Ukraine gesehen hat, wie sich Polen dem attraktiven westlichen Lebensmodell anschließen konnte. Das war für die Menschen attraktiv. Aus russischer Sicht stellte aber eine Westorientierung der Ukraine eine absolute rote Linie dar, weil sonst vielleicht sogar auch die russische Bevölkerung auf die Idee gekommen wäre, ihre Regierung zu hinterfragen. Insofern war der Systemkonflikt in gewisser Weise vorprogrammiert.

Wie ist es eigentlich erklärbar, dass sich Europa einfach so lange nur oder vorrangig auf die Amerikaner verlassen hat?

Und vice versa - wieso ist Amerika unter Trump bereit, eine so ureigen aufgebaute strategische Konstellation auf einem Kontinent, der vielleicht „alt“, aber wirtschaftlich mächtig ist, vielleicht nicht ganz aufzugeben aber so stark herunterzufahren?

Sönke Neitzel: Zur ersten Frage: Es war schlicht so wundervoll bequem. Es ist natürlich viel besser Geld in die Sozialsysteme zu stecken, anstatt in Waffen. Das genau hat Großbritannien auch nach

dem Ersten Weltkrieg gemacht. Erst ab 1937, als man gemerkt hat, dass Deutschland und Japan aufrüsten und einen aggressiven Kurs fahren und man merkt, dass die Welt bald in Flammen stehen könnte, ändert man das. Die europäischen Demokratien agieren alle so. Man ist von Freunden umgeben, und wenn es Konflikte gibt, ist ja der große Beschützer an der Seite. Es war einfach eine sehr bequeme Situation, die Sicherheitsfragen auf die USA auszulagern. Im Kalten Krieg verhielt sich das mit dem Nuklearschirm auch so, aber die Deutschen stellten immerhin 40 Prozent der Landstreitkräfte in Mitteleuropa. Es reichte dann aber z.B. im Kosovo-Krieg aus, drei Prozent der Einsätze zu fliegen (die Amerikaner flogen 75 Prozent). Man war ein bisschen mit dabei und konnte dafür mit am Verhandlungstisch sitzen. Das war bequem und die Amerikaner haben das auch akzeptiert. Sie haben sich 70 Jahre so positioniert, weil sie den Grundsatz hatten, dass eine Situation wie nach dem Ersten Weltkrieg durch ihren Isolationismus nie mehr passieren solle. Europa dürfe demnach nicht sich selbst überlassen werden, weil es für die amerikanischen Interessen und für die amerikanische Sicherheit von zentraler Bedeutung war.

Das ist jetzt zu Ende. Die Trump-Administration sagt: Wir sind nicht bedroht von Russland. Wir können uns selbst verteidigen. Die europäischen Trittbrettfahrer fügen uns ökonomischen Schaden zu. Unsere Referenzpunkte sind China und der Indopazifik, und ob in Eurasien die Russen oder doch die Europäer die dominante Macht sind, ist uns relativ egal. Trump überlässt Europa dem freien Spiel der Kräfte, weil er es als schwach und zerstritten ansieht. Das ist eine völlig andere Denke als bisher. Ich fürchte, wir unterschätzen die Radikalität von Trump, weil wir den transatlantischen Ansatz zu sehr verinnerlicht haben. Zumindest für unsere Generation ist die Westbindung wie eine Art Religion. Kaum jemand

in der Bundeswehr kann sich vorstellen, dass die USA nicht mehr bereit sein könnten, die Sicherheit Europas zu verteidigen. Wenn man aber mit amerikanischen Kollegen spricht, warnen die vor der disruptiven Bereitschaft bei Trump. Wir brauchen also eine Neuausrichtung der Referenzpunkte unserer Sicherheit. Die Welt ist im Fluss. Als Historiker wissen wir das – die Situation ist vielleicht mit 1806 zu vergleichen, wo sich das Heilige Römische Reich Deutscher Nation aufgelöst hat. Unsere Generation hat nur Frieden erlebt; aber noch das Leben unserer Großeltern hat sich in verschiedenen politischen Systemen abgespielt. Politische Referenzrahmen sind nicht für die Ewigkeit gemacht und kalibrieren sich manchmal neu. Es ist jetzt die große Herausforderung für uns, die Welt neu zu denken.

Wie können die Europäer nun das Verteidigungsbündnis neu aufbauen? War es ein Fehler, die WEU 2011 aufzulösen?

Sönke Neitzel: Ich denke, eine NATO würde sogar ohne die USA funktionieren, auch wenn das ein schwerer Schlag wäre. Aufgrund der Mitgliedschaft Kanadas würde sogar das „*northatlantic*“ dann immer noch stimmen. Der entscheidende Vorteil der NATO gegenüber anderen europäischen Institutionen ist, dass die „Hardware“ der Strukturen der Stäbe schon vorhanden und die *procedures* eingeübt sind. Die EU kommt dem nicht gleich, weil sie eine zutiefst zivile Macht ist. Das militärische Gefäß ist die NATO.

Eine große Gefahr wäre eher, wenn die USA sich nicht mehr in der NATO engagieren würden, aber nicht austreten und sie letztendlich blockieren würden. Wenn z.B. der amerikanische Oberbefehlshaber in einer Krisensituation von Trump die Anweisung bekäme: Ihr verlegt die *Nato Response Force* nicht ins Baltikum. Dann hätten wir ein Problem. Dann müsste um die NATO herumagiert werden.

Es gibt momentan noch keine Zeichen dafür, dass amerikanische Truppen abgezogen werden. Man hat auch gerade massiv in Europa investiert – in das Hauptquartier in Wiesbaden, in Stuttgart etc. Aber die Amerikaner hatten immer eine Doppelstruktur bei diesen Orten – sie könnten Ramstein und Grafenwöhr behalten und national nutzen. Wir müssen das abwarten. Wir können nur versuchen, selbst stärker zu werden und mit diesem schwierigen amerikanischen Präsidenten auszukommen.



Können Sie die Konturen einer neuen Weltordnung des 21. – und 22. Jahrhunderts sehen?

Sönke Neitzel: Die große Frage wird sein, welche Rolle Europa in dieser Welt spielt. Wir sehen schon de facto China und die USA als die neuen polaren Schwergewichte. Ich glaube nicht, dass Russland langfristig in der Sicherheitsordnung auf dieser Höhe spielen wird, sondern dass der Ukrainekrieg langfristig ein großer Fehler Russlands gewesen ist und dass es weit oberhalb ihrer Gewichtsklasse kämpft. Putin hat den Rubikon überschritten und wird nicht auf Frieden umschalten – langfristig werden die Russen nicht auf der Ebene der USA und Chinas mithalten können.

Und Europa? Wenn die Europäer nicht in der Lage sein werden, in ihrer Peripherie für Frieden zu sorgen, wird es sie als bestimmenden Faktor in der Weltpolitik irgendwann nicht mehr geben. Wir erleben als Zeitzeugen die Verzweigung Europas. Wir haben zwar Starmer, Macron, Merz und Tusk erlebt mit ihrer Forderung eines Waffenstillstands in der Ukraine – das war auch gut so, aber es kam sehr wenig dabei heraus. Trump kann Russland in einem ganz anderem Maß schaden durch Sanktionen und Waffenlieferungen. Das können die Europäer trotz all ihrer Unterstützung nicht, deshalb haben sie politisch kaum Gewicht. Wir erleben gerade – auch von Deutschland mit dem Dreigestirn Merz, Pistorius und Wadehul – gute Initiativen. Die Chance ist nach wie vor immer da. Wir sind eben in vielen Bereichen groß beim Reden, aber noch nicht im Leistungsbereich. Können wir die nächsten Schritte bei der europäischen Integration gehen, sehen wir die Rüstungskoooperation auf einer wirklich höheren Ebene, könnten wir aber jenseits des Kleinklein wirklich vorankommen. 🟢

Das Interview führten Rupert Gröbl und Monika Franz am 26. Mai 2025.

Europäisches Krisenmanagement: Bundeskanzler Merz, Präsident Emmanuel Macron, Präsident Wolodymyr Selenskyj, der britische Premier Keir Starmer und der polnische Premier Donald Tusk, Kiew, 10. Mai 2025
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Kyodo